Importe auch ins Weserbergland?
Hermann Grupe: Land muss Verwertung von Gülle in vieharmen Regionen fördern

Donnerstag 14. Januar 2016 - **Hannover (wbn). Der FDP-Landwirtschaftsexperte Hermann Grupe fordert mehr Engagement der Landesregierung für ein sinnvolles Nährstoffmanagement in Niedersachsen.**

Der am Mittwoch von Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) vorgestellte Nährstoffbericht zeige, „dass das Land in erster Linie ein Verteilungsproblem hat“, so Grupe. Gülle und Gärreste müssten sinnvoll im Land verteilt werden.

Fortsetzung von Seite 1

Grupe warf dem Landwirtschaftsminister vor, keine eigenen Vorschläge zu machen und gleichzeitig die Bereitschaft der Landwirte zu ignorieren. „Viele Bauern im Nordwesten würden gerne ihre Gülle an den Süden und Osten verkaufen, weil dort der Bedarf groß ist.“

Dafür müssten jedoch die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. So müsse es nach Meinung von Grupe baurechtlich möglich sein, dass Landwirte etwa in Kooperation moderne Güllebehälter in Ackerbauregionen errichten können. In den Regionen im Süden und Osten könnten dann mineralische Dünger eingespart werden.

„Es ist ein verstärktes Bewusstsein dafür nötig, dass eine bessere Verteilung organischer Dünger im Lande, also die Aufnahme in vieharmen Regionen, ökologisch äußerst wünschenswert ist“, sagt Grupe. Um diese Verteilung zu erreichen fordert, die FDP ein gezieltes Förderprogramm zur Errichtung moderner Güllebehälter in Ackerbauregionen im Osten und Süden des Landes. Außerdem müssten Techniken erforscht werden, die die

Transportwürdigkeit der Wirtschaftsdünger erhöhen.

Grupe, selbst Landwirt, betont, dass es bereits zahlreiche regionale Kooperationen gebe, die das Problem der überschüssigen Nährstoffe erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen hätten. „Auf diese Initiativen sollte man zurückgreifen und darauf aufbauen.“ Stattdessen aber kürze die rot-grüne Landesregierung auch noch die Mittel der Landwirtschaftskammer, die mit Nachdruck an einer besseren Nährstoffeffizienz arbeitet. Meyer solle die Initiativen der Landwirte unterstützen statt seine „grüne Zwangsbeglückungspolitik“ fortzusetzen.